

(A) **Beginn: 10.03 Uhr**

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 149. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und sage Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Ich begrüße auch unsere Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich 21 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Unter uns sehe ich ein Geburtstagskind. Ich darf unserem Kollegen Hans Rohe herzlich zum Geburtstag gratulieren. Alles Gute auch im Namen des Hohen Hauses!

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben heute noch ein zweites Geburtstagskind, das ich aber im Augenblick noch nicht hier sehe.

Meine Damen und Herren! Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

(B)

Fortsetzung der zweiten Lesung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995

Wir haben gestern die Haushaltsberatungen mit dem Einzelplan 14 unterbrochen und setzen sie heute fort.

Ich rufe Nummer 1 auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8008 und auf die vorliegenden Änderungsanträge, und zwar auf einen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157, einen Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8160 und auf einen weiteren Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8173.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Meyer für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dieser frühen Zeit, guten Morgen, Herr Wirtschaftsminister! "Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen in Gefahr - Handeln tut not", diese Überschrift haben die Spitzenverbände der nordrhein-westfälischen Wirtschaft im letzten Jahr - -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist schon lange her; darüber haben wir doch schon einmal diskutiert!)

- Darüber haben wir schon einmal diskutiert, Herr Dr. Vesper; das ist wahr. Nur, leider Gottes - und darauf kommt es mir an - ist seitdem hier im Lande nicht besonders viel passiert. Das Problem, das wir jetzt haben und das wir sehen, ist, daß bei dem konjunkturellen Aufschwung, den wir zur Zeit in ganz Deutschland haben, sehr wahrscheinlich in diesem Lande vergessen wird, daß wir angesichts der strukturellen Defizite auf keinen Fall wieder dahin kommen dürfen, daß wir hier verdrängen und vernebeln und so tun, als gäbe es keine Not in den verschiedenen Bereichen.

(D)

Ich nenne nur die weitverbreitete Tendenz zur Technik- und Industriefeindlichkeit,

(Ah-Rufe von den GRÜNEN)

und mancher, Herr Minister Matthiesen - er ist gerade gegangen -, wird ja die Geister, die er gerufen hat, gar nicht mehr los, nachdem er über Jahre durchs Land gezogen ist und vor allen möglichen Industrieprojekten, Entsorgungsprojekten, Energieprojekten gewarnt hat, die er heute durchsetzen möchte; aber jetzt macht die Basis auf einmal nicht mehr mit.

Ich nenne Ihre Haltung beim Arbeitszeitgesetz gegen die Flexibilisierung. Ich nenne den Punkt "unzureichende Förderung von Existenzgründern im Lande". Denken Sie nur daran: Wenn wir in Nordrhein-Westfalen mit der Zahl der Handwerksbetriebe im Vergleich zur Zahl der Einwohner im Bundesschnitt lägen, dann müßten wir 15 % mehr Handwerksbetriebe haben; wir liegen 15 %

(Meyer [Hamm] [CDU])

- (A) unter dem Bundesschnitt. Wir hätten 260 000 Arbeitsplätze mehr, wenn unsere Struktur nur in diesem Bereich der Handwerker so wäre, wie sie im Bundesschnitt vorhanden ist. Dabei habe ich die Spitzenländer Baden-Württemberg und Bayern noch gar nicht erwähnt.

Wir finden im Haushalt eine weitergehende Diskriminierung von kleinen und mittleren Betrieben bei Förderprogrammen.

(Zuruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

- Entschuldigung, Frau Kollegin! Ich weiß nicht, ob Sie sich überhaupt damit beschäftigt haben, wenn Sie hier dazwischenrufen.

Wir haben es nach wie vor mit langwierigen Genehmigungsverfahren zu tun. Herr Wirtschaftsminister, ich freue mich wirklich, wenn Sie das bei Ihren Ausflügen in die Provinz immer wieder sagen. Aber dann tun Sie doch endlich etwas daran, um die Zustände zu bereinigen!

(Beifall bei der F.D.P.)

- (B) Ich habe gelesen, daß Sie in Bielefeld mit lautstarken Worten beklagt haben, wie die Bürokratie Ansiedlungs- und Genehmigungsverfahren behindert. Bis zu zwanzig Jahre dauert das bei Großprojekten! Was haben Sie denn in dem Bereich getan, um Änderungen herbeizuführen?

Vielleicht wäre es wirklich gut, wenn Sie sich für die letzten Wochen Ihrer Amtsinhaberschaft darauf konzentrierten, im Ministerium zu bleiben und zu sehen, daß man noch etwas im Hause bewegt, statt draußen vor Ort umherzurrennen und Sonntagsreden zu halten. Ich würde Ihnen das wirklich als Rat für die letzten Wochen mit auf den Weg geben. Es ist vielleicht am Schluß doch ganz gut, wenn man noch ein bißchen bewegt hat und sich hinterher nicht nur sagen muß, daß man viel geredet hat.

Wir haben nach wie vor Mängel in der Verkehrs- und Entsorgungsinfrastruktur. Außerdem beschäftigen wir uns mit reformbedürftigen Verwaltungsstrukturen. Das sind zwar keine unmittelbaren Themen des Wirtschaftshaushalts, aber sie sind eng mit dem Fortbestand und dem Wohlergehen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft verbunden.

Sämtliche Handlungsempfehlungen, die die CDU bisher in diesen Bereichen gegeben hat, sind von der SPD abgelehnt worden. Wir hoffen für die Zukunft, daß die Einsicht ein klein wenig zunimmt. Bisher mußte man davon ausgehen, daß selbst in diesen Bereichen der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen, die wir immer wieder diskutiert haben, zuletzt bei der Veranstaltung in Krefeld, wie ich von allen Seiten gehört habe, die oberste Maxime Eigenlob war. (C)

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen nicht zulassen - ich wiederhole das -, daß im konjunkturellen Aufschwung, der das Land und die Bundesrepublik erfaßt hat, unsere strukturellen Defizite in Nordrhein-Westfalen übersehen und nicht energisch angegangen werden.

Was ist denn aus der Botschaft der SPD aus dem Jahre 1990 geworden: "Wir wollen wieder Nummer eins in Deutschland werden"? - 1990 lag Nordrhein-Westfalen mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 9 Prozent noch im Mittelfeld der westlichen Bundesländer, Ende 1994 haben wir 120 000 Arbeitslose mehr, und unter den westlichen Flächenländern haben wir mit 10,3 Prozent die zweithöchste Arbeitslosenquote. Noch negativer ist es im Ruhrgebiet, in das wir schließlich fast den überwiegenden Teil der Mittel des Wirtschaftshaushalts, den wir überhaupt bewegen können, hineinstecken. Im Jahre 1990 verzeichnete das Revier eine Arbeitslosenquote von 11,7 Prozent, mittlerweile ist sie auf 13 Prozent geklettert. Damit hat das Ruhrgebiet heute die gleiche Arbeitslosenquote wie der Durchschnitt der östlichen Bundesländer. Von dem Anspruch, Nummer eins zu werden, ist man um Lichtjahre weiter entfernt als vor fünf Jahren. Der DGB-Landesvorsitzende Mahlberg spricht in diesem Zusammenhang vom einem Prozeß der Entindustrialisierung. (D)

Ich will Ihnen das wie folgt sagen, damit Sie die Zahl einmal plastisch umsetzen können: Wenn wir uns in den letzten fünf Jahren beim Wachstum am Spitzenreiter, wie Sie gesagt haben, nämlich an Bayern, hätten orientieren können, hätten wir 4,7 Prozent mehr Wachstum haben müssen. Das hätte allein - Herr Wirtschaftsminister, denken Sie darüber einmal nach - so viel Steuermehreinnahmen gebracht, wie der gesamte Wirtschaftshaushalt.

(Meyer [Hamm] [CDU])

- (A) halt des Landes Nordrhein-Westfalen heute umfaßt, nämlich rund 2,7 Milliarden DM.

(Beifall bei der CDU)

Wie viele Zukunftsinvestitionen und wie viele neue Arbeitsplätze könnte man damit anstoßen?

Wir weisen unter den Flächenländern das zweitniedrigste Wachstum auf. Nur Oskar Lafontaines Saarland ist noch schlechter. Diese niederschmetternde Botschaft und Bilanz sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik läßt sich auch mit dem in einem etwas anderem Zusammenhang gezogenen Schluß von Herrn Farthmann umschreiben: beträchtliches Auseinanderklaffen zwischen programmatischem Anspruch und politischem Handeln in der Praxis.

(Beifall bei der CDU)

Genau das wird hier gemacht. Der Wirtschaftsminister ist in den letzten Jahren abgestellt gewesen, einen bestimmten Bereich der Öffentlichkeit sozusagen mit Botschaften zufriedenzustellen. Gehandelt haben andere, und sie haben anders gehandelt.

- (B) Die Diskrepanz zwischen Reden und Handeln läßt sich exemplarisch darstellen, wenn man die Verlautbarungen des Wirtschaftsministers nimmt, daß 1995 insgesamt 200 Millionen DM für den Mittelstand ausgegeben werden sollen. Gleichzeitig kürzt die Landesregierung das für kleine und mittlere Unternehmen wichtigste Programm für Existenzgründungen und Betriebsverlagerungen erneut um 3 Millionen DM. Insgesamt hat die SPD das Programm seit Beginn der Legislaturperiode von 36 Millionen DM auf mittlerweile nur noch 27 Millionen DM zurückgefahren.

Im Vergleich dazu standen bayerischen Existenzgründern bei nur halb so großem Haushaltsvolumen 45 Millionen DM für dieses Jahr zur Verfügung. Meine Damen und Herren, statt dessen subventionieren wir einen Einkaufspark wie die "Neue Mitte Oberhausen" mit 107 Millionen DM oder den "Time Warner-Filmpark" in Bottrop mit 60 Millionen DM. Das sind unsere Schwerpunkte. Das nennt die "Süddeutsche Zeitung" treffend:

Was tut man nicht alles für eine blühende Zukunft, ein paar Arbeitsplätze und die glänzende Kaschierung einer Fehlinvestition?

(C)

(Beifall bei der CDU)

Genau das ist es: Erst wird eine Fehlinvestition vorgenommen, und anschließend wird noch etwas draufgelegt.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen Ansätze gehabt. Ich bin sehr gespannt, ob die SPD diesmal mitzieht. Ich hoffe sehr, daß die SPD wenigstens in einem Teilbereich der Mittelstandsförderung endlich mit uns gemeinsam für Abhilfe sorgt. Ich spreche von einem Existenzgründerprogramm für Meister im Handwerk. Wir haben uns gemeinsam in Berlin angesehen, was dort seit Jahren für Handwerker getan wird. Dies geschieht in Bayern und in anderer Form zum Beispiel auch im Saarland. So etwas brauchen wir in Nordrhein-Westfalen dringend.

Wir treten dafür ein, daß jedem Meister, der sich selbständig machen möchte, 20 000 DM als verlorener Zuschuß gegeben werden, wenn er sich verpflichtet, mindestens für ein Jahr oder für drei Jahre - darüber muß man noch sprechen - zusätzlich einen Mitarbeiter einzustellen. Wir wissen, daß solche Existenzgründer auf Dauer im Schnitt fünf bis sechs Mitarbeiter beschäftigen.

(D)

Wir könnten hier ein solches Existenzgründerprogramm anstoßen und brauchen dafür sicherlich für das nächste Jahr Mittel in einer Größenordnung von ungefähr 30 Millionen DM. Ich wiederhole: Wenn wir nur an den Bundeschnitt anknüpfen könnten, dann könnten wir zusätzlich 260 000 Arbeitskräfte im Lande haben. Bisher ist es so, daß die Landesregierung den Wirtschaftshaushalt in den letzten Jahren, auf alle Fälle seit 1990, um 20 % gekürzt hat. Hier muß es aber doch Bewegung geben, wenn wir an die Zukunft denken.

Meine Damen und Herren, weder Filmpark noch Einkaufszentrum sind die Schwerpunkte. Schwerpunkte sind Ost-West-Verbindungen, Schwerpunkte sind Güterverteilung und Güterverkehrszentren, Schwerpunkte sind kostengünstige Industrie- und Gewerbeflächen, Schwerpunkt ist Entsorgungs-

(Meyer [Hamm] [CDU])

- (A) infrastruktur, zukunftsorientiert gestaltet. Das alles sucht man in unserem Land vergebens.

Noch einmal: Der Sonntagsredner Wirtschaftsminister Einert tritt gegenüber Wirtschaftsvertretern immer wieder mit den richtigen Botschaften auf, nur im Handeln ist nichts passiert. NRW-Arbeitgeberverband-Präsident Kirchhoff nennt das eine vollentwickelte Vetokultur in diesem Lande - vollentwickelte Vetokultur! Das heißt: Überall, wo es entscheidend darauf ankommt, wird letztlich von Politik und Bürokratie Einspruch eingelegt.

Dieser Wirtschaftshaushalt zeigt in einem Maße wie selten zuvor, wie dringend ein Wechsel in Nordrhein-Westfalen ist, und das nicht nur in der Wirtschaftspolitik. Wir wollen diesen Wechsel, und wir wollen, daß endlich gehandelt anstatt nur geredet wird. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Hombach das Wort.

(B)

Abgeordneter Hombach (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es hört sich paradox an, aber die Tatsache, daß man größere Probleme hat als andere, kann auch Grund sein, Stolz zu entwickeln - berechtigten Stolz, wenn man in der Vergangenheit Probleme erfolgreich gelöst hat und mit guten Gründen hoffen kann, daß sich das auch in Zukunft fortsetzt.

Wir wissen aus einer Untersuchung zum Landesbewußtsein, daß es einen Schlüsselsatz für die Mentalität der Menschen hier in unserer Region gibt. Dieser Schlüsselsatz lautet: Wir haben größere Probleme als andere, aber wir schaffen es schon!

Die ökonomischen und ökologischen Probleme in Nordrhein-Westfalen sind tatsächlich groß. Aber die Hoffnung der Menschen "Wir schaffen das schon" hat gute Gründe, sie hat ein festes Fundament. Die Politik, die wir hier im Hause diskutiert und gefunden haben und die dann von der Regierung auf den Weg gebracht wurde, findet gerade im Bereich der Strukturpolitik - bei ihrer

Begleitung und Gestaltung - viel Anerkennung. (C)
Nordrhein-Westfalen hat Instrumentarien entwickelt, die anderen als Vorbild dienen. Fachbesucher, Kongresse und internationale Literatur belegen das. Wer in seiner Zitatensammlung sucht, wie ich das gestern getan habe, findet gerade für diesen Bereich der Landespolitik viele anerkennende Worte von außen. Selbst der Bundeskanzler ließe sich hier zitieren. Ich möchte aber Jacques Delors vom Essener Gipfel zitieren, weil das aktueller ist:

In bezug auf Strukturveränderung und Schutz der Umwelt in einer traditionsreichen Industrieregion ist im Ruhrgebiet Vorbildliches geleistet worden. Weit über Deutschland hinaus ergeben sich hier Impulse, wie eine intelligente und erfolgreiche Strukturpolitik aussehen sollte.

Korrekterweise muß ich das Zitat fortsetzen. Denn Delors schreibt uns etwas ins Stammbuch, das unbedingt beachtet werden muß:

Natürlich darf man sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor ein riesiges Problem auch im Ruhrgebiet.

Das ist leider zu wahr. Wirtschaftspolitik ist solange nicht wirklich erfolgreich, wie das dringende Problem der Arbeitslosigkeit nicht entscheidend abgemildert ist. Ein Rückgang um 0,3 % im Vergleich zu den Vormonaten ist zu wenig. Erfreulicher ist da schon die Entwicklung, daß die Zahl der Kurzarbeiter mit heutigem Datum nur noch ein Fünftel der Gesamtzahl des letzten Jahres beträgt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften belebt sich. (D)

Wir alle müssen erkennen, daß Beschäftigungsförderung durch die Förderung des Mittelstandes am erfolgreichsten ist. Der aufstrebende Mittelstand ist - ich will es einmal salopp ausdrücken - die "Job-Maschine". Deshalb begrüßt die SPD-Fraktion auch nachdrücklich, daß so viele wirtschaftspolitische Fördermaßnahmen auf Hilfen für den Mittelstand ausgerichtet sind. Ich selber habe bei verschiedenen Anlässen erlebt, daß die Vertreter des Mittelstandes in Verbänden und Vereinigungen zufrieden mit der Mittelstandspolitik der Landesregierung sind. In einem Falle waren die Kollegen der anderen Fraktionen - auch Sie, Kollege Meyer - Gäste derselben Veranstaltung. Selbst Ihre kräftigen und durchaus wohlgesetzten Worte an die Vertreter des Mittelstandes vermochten es

(Hombach [SPD])

- (A) nicht, die Verbandsvertreter davon abzuhalten, der Mittelstandspolitik der Landesregierung ihre ausdrückliche Anerkennung zu zollen.

Aber auch bei diesem Thema gibt es nicht die geringste Veranlassung, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Der Dialog mit der mittelständischen Wirtschaft muß die Mittelstandspolitik weiterentwickeln. Ein ausgesprochen gutes Beispiel ist das - Sie sprachen es an -, was ich unter dem Arbeitstitel die "Hauser-Initiative" nennen möchte. Und sollte die Landesregierung eine Möglichkeit finden, das aufzugreifen - was ich hoffe -, so könnte daraus vielleicht einmal die "Rau-Hauser-Initiative" werden.

Aus dem hier und heute zur Debatte stehenden Haushalt sehe ich allerdings noch keine Deckungsmöglichkeit. Es geht darum, den Absolventen der Meisterkurse einen Anreiz zu geben, sich möglichst schnell selbständig zu machen und Arbeitsplätze zu schaffen. In einigen Bundesländern - Sie zitierten es - gibt es erfolgreiche Modelle.

- (B) Gemeinsam mit Ihnen, Kollege Meyer - es wird einige überraschen, aber er kann sehr viel mehr, als seine aggressive Standardrede vorzutragen -, hatte ich Gelegenheit, in Berlin dieses Modell kurz, aber sehr intensiv zu studieren. Wir haben uns die Sache mit der "Meistergründungsprämie" angesehen. Dort erhält ein Absolvent beziehungsweise eine Absolventin eines Meisterlehrgangs, wenn er oder sie sich innerhalb von drei - angestrebt sind vier - Jahren selbständig macht und mindestens einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz einrichtet, eine Prämie von 20 000 DM. Diese Prämie ist in der Praxis wichtiger Grundstock bei der Eigenkapitalbildung, die Voraussetzung für eine vernünftige Kreditierung des zukünftigen Unternehmers ist.

Dem Arbeitskreis der SPD-Fraktion und dem Minister konnte ich bereits berichten. Ich hoffe, daß es gelingt, möglichst schnell eine gemeinsame Initiative zu entwickeln, so daß auch in Nordrhein-Westfalen ergänzend zu den vorhandenen Maßnahmen der Förderung eine solche Prämie ermöglicht wird.

Daß sie wirksam ist, kann als bewiesen gelten. Daß sie Arbeitsplätze schafft, ist bereits nachgewiesen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat die von Bonn gestrichene Beihilfe für die Meisterausbildung aus eigener Kraft er-

setzt. Sie hat zusätzlich die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Meisterabsolventen an nordrhein-westfälischen Hochschulen studieren können. Die vorgeschlagene Maßnahme paßt aus meiner Sicht sehr gut in diese Kette vorbildlicher Schritte.

(Beifall der Abgeordneten Garbe [SPD])

Der Haushalt hat deutliche Schwerpunkte bei der Förderung der mittelständischen Wirtschaft. Mit dem Baustein "Gründung und Wachstum" des Programms "Impulse für die Wirtschaft" wurden von Anfang 1993 bis Mitte 1994 5 Milliarden DM an Investitionen ermöglicht. Es wurden 14 000 Arbeitsplätze neu geschaffen und ca. 30 000 gesichert. 85 % der Förderung ging an kleine und mittlere Unternehmen.

Natürlich wünschen auch wir uns mehr Geld für fast alle wichtigen Programme. Natürlich wollen auch die Wirtschaftspolitiker der SPD lieber eine Ausweitung sinnvoller Förderung beschließen als deren Festschreibung oder gar Kürzung. Aber gerade als Wirtschaftspolitiker wissen wir: Das Geld, das wir ausgeben wollen, muß zunächst erwirtschaftet werden. Es geht also vorrangig darum, angesichts knapper Mittel ihre richtige Verwendung zu kontrollieren und durchzusetzen. Wir glauben, die Mittel sind richtig eingesetzt worden. Da, wo durch akuten Strukturwandel der Handlungsbedarf am größten ist, werden die Hilfen gebündelt. Wir hoffen, daß uns die anziehende Konjunktur auch neue Möglichkeiten für neue Initiativen insbesondere bei der Förderung des Mittelstandes gibt.

Der Einzelplan 08 ist um 200 Millionen DM oder um 8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Natürlich wissen auch wir, daß das nach den Kürzungen der Vorjahre ein niedriges, aus wirtschaftspolitischer Sicht ein zweifellos zu niedriges Niveau war. Aber den Sozialdemokraten erscheint es besonders wichtig, daß die strukturwirksamen Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um rund 303 Millionen DM gestiegen sind. Das zeigt eine klare Prioritätensetzung für die Forcierung des Strukturwandels, was auch der Mittelstandsförderung und insbesondere dem Arbeitsmarkt zugute kommt. Aber wie überhaupt im Leben sind gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik die Handlungsfelder miteinander eng verwoben. Wir alle finden es wohl vernünftig, daß im nächsten Jahr laut Haushaltsplanentwurf die regenerativen Ener-

(C)

(D)

(Hombach [SPD])

- (A) gien mit 134 Millionen DM kräftig gefördert werden sollen.

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Die SPD hat sogar noch draufgesattelt, indem sie die Demonstrations- und Breitenförderung im REN-Programm gegenüber dem Regierungsentwurf um 7 Millionen DM erhöht hat. Aber wenn Sie sich dann klarmachen, daß die vom Bundesfinanzminister beabsichtigte Kürzung der Koks-kohlenbeihilfe von zwei Drittel auf 50 % das Land allein mit 400 Millionen DM belasten würde, zeigt sich das Problem in seiner ganzen Tragweite und in seinen tatsächlichen Zusammenhängen. Das Land hat das Geld nicht, um die Bonner Kürzungen aus eigenen Mitteln abzufangen. Wenn die nordrhein-westfälische CDU und die nordrhein-westfälische F.D.P. mit neuen Vorschlägen für die Förderung des Mittelstandes aufwarten, dann müssen sie sich fragen lassen, woher wir das Geld nehmen sollen und wie wir es schaffen, diesen beabsichtigten Bonner Griff in unsere Kassen gemeinsam abzuwehren. Aus meiner Sicht wäre das der wichtigste wirtschaftspolitische Beitrag.

- (B) Aber über Kohle werden wir in diesen Tagen noch reden. Vielleicht gibt es ja Gemeinsamkeiten, die der Sache dienen. Ich selbst stelle fest, daß die Wirtschaftspolitik, die früher das zentrale Politikfeld war, sich ideologisch zu entzweien, heutzutage immer mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien möglich macht. So freue ich mich, daß wir bei der Förderung der regenerativen Energien offensichtlich zu einer gemeinsamen Position über alle vier Fraktionen gefunden haben. Wir werden heute abend voraussichtlich gemeinsam einen Antrag zur Förderung der Wasserkraft tragen, der gerade wegen seiner Gemeinsamkeit hoffentlich mit besonderem Nachdruck umgesetzt und damit zur Realität in Nordrhein-Westfalen wird.

Ich denke auch, daß wir bei dem Thema Sozialdumping, das vor allem die nordrhein-westfälische Bauwirtschaft bedroht und in einen ruinösen Wettbewerb treibt, Gemeinsamkeiten finden sollten und könnten. Erste Gespräche sind geführt. Der Ministerrat hat auf dem Europagipfel in Essen leider die Chance verstreichen lassen, eine Entsenderichtlinie zu verabschieden, auf die selbst Norbert Blüm gedrängt hat.

In dieser Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der nationale Alleingang möglich, und ich hoffe, daß wir äußerst schnell im Wirtschaftsausschuß einen solchen konzipieren und über die Regierung dann etwa als Bundesratsinitiative auf den Weg bringen können.

Erfahrene Kollegen haben mir gesagt, die Haushaltsdebatte sei eine Generaldebatte. Deshalb habe ich mich dafür zu entschuldigen, daß ich sie nicht für generelle Aussagen, sondern mehr für spezielle Anliegen genutzt habe. Ich hoffe, es dient der Sache. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Hombach. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Tschoeltsch.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hombach, es wird Sie sicherlich nicht wundern, wenn ich zu einer ganz anderen Bewertung der Wirtschaftspolitik in diesem Lande komme.

(Zuruf des Abgeordneten Hombach [SPD])

Ich muß auch andere Zahlen vortragen.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Aus welchen Quellen?)

Um es ganz deutlich zu sagen: Im Haushalt des Wirtschaftsministers werden in diesem Jahr gegenüber 1993 die Investitionen um 189 Millionen DM und die Zuweisungen und Zuschüsse um 223 Millionen DM gekürzt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nicht mittelstandsfreundlich.

Ich klage die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung an. Sie ist eine Zwei-Klassen-Wirtschafts- und Sozialpolitik.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.])

(C)

(D)

(T schoeltsch [F.D.P.]

- (A) Nach wie vor bevorzugt die Landesregierung die Montanindustrie zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Lande.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.]

In diesem Jahr schieden bisher 5 000 Unternehmen aus dem Wettbewerb aus

(Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

weil sie keine wettbewerbsfähigen Produkte und Dienstleistungen hatten. Meistens waren es kleine und mittlere Unternehmen.

Über eine Million Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen haben in diesem Jahr ihren Arbeitsplatz verloren. Und das nimmt diese Landesregierung kommentarlos entgegen.

(Lachen des Ministers Schleußer)

Ganz anders ist das Verhalten der Landesregierung, wenn es um die Montanindustrie geht. Wenn die IG-Metall und die Stahlbosse Arm in Arm die Landesregierung unter Druck setzen, wird in Windeseile der Haushalt dieses Landes umgekrempelt. Die Landesregierung will in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 120 Millionen DM für Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften ausgeben. In den Genuß dieser Gesellschaften kommen ausschließlich die Arbeitnehmer der Stahlindustrie. Ausschließlich!

(B)

Während in allen anderen Unternehmen, in den Hunderttausenden kleinen und mittleren Unternehmen, die Arbeitnehmer aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden müssen und sich einen Job suchen können und müssen, ist es in der Stahlindustrie umgekehrt: Sie werden nicht entlassen, und sie haben die Chance, in Beschäftigungsgesellschaften weiterzuarbeiten. Meine Damen und Herren, das ist eine Ungerechtigkeit gegenüber allen anderen Arbeitnehmern in unserem Lande!

Und auch die Unternehmen werden bevorzugt. Sie wissen, daß in der Stahlindustrie 1992 und 1993 rote Zahlen geschrieben wurden. Es ging den Unternehmen schlecht, weiß Gott. Aber im Augenblick werden schwarze Zahlen geschrieben. Die Stahlunternehmen machen wieder Gewinne. Ich freue mich darüber. Aber ich habe kein Verständnis, wenn in dieser Situation die Landesre-

gierung hergeht und in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 60 Millionen DM Subventionen ausgibt - ausschließlich für die beiden Stahlriesen Thyssen und Krupp-Hoesch,

(C)

(Beifall bei der F.D.P.)

ausschließlich für die Montanindustrie! Da hat kein kleiner Unternehmer in diesem Land eine Chance, an diese Technologiefördermittel heranzukommen. Ausschließlich die beiden Stahlgiganten bekommen diese Subventionen.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Kennen Sie die Arbeitslosenzahlen in diesen Regionen?)

Meine Damen und Herren, das ist eine Zweiklassen-Wirtschaftspolitik, die wir nicht mitmachen können. Deshalb haben wir Ihnen heute einen Antrag vorgelegt, um deutlich zu machen, wo wir den Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik sehen: in einer Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen, des Mittelstandes. Und so fordere ich Sie schon jetzt auf, diesen Antrag zu unterstützen. Wir sagen nämlich, daß wir diese Stahlsubventionen umwidmen und die kleinen und mittleren Unternehmen fördern wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D)

Wenn Sie sich den Antrag ansehen, dann sprechen wir uns dafür aus, daß mehr Finanzmittel für Existenzgründungen, für die Beratung kleinerer und mittlerer Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Wir erhöhen diesen Förderbaustein Gründung und Wachstum um insgesamt 3 Millionen DM.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß in der Wirtschaftsförderung Großunternehmen keine Schwierigkeiten haben, Förderanträge zu stellen. Sie haben eine Stabsabteilung, die sich ausschließlich mit diesem Problem befaßt. Wie sieht es dagegen bei den kleinen und mittleren Unternehmen aus? Oft ist es der Unternehmer selbst, der diese Arbeiten alle leisten muß. Deshalb braucht er, um gegenüber dem Großkonzern Waffengleichheit zu haben, mehr Beratungsunterstützung. Wir erhöhen daher die Mittel im Wirtschaftsetat um 30 % für die Beratung für kleine und mittlere Unternehmen.

(Tschöeltsch [F.D.P.])

(A) Wir haben einen weiteren Förderbaustein. Wir wissen, daß Groß- und Einzelhandel und insbesondere die Einzelhändler erhebliche Schwierigkeiten haben gegenüber den Großkonkurrenten. Sie haben Schwierigkeiten, ihren Marktanteil zu behalten. Auch hier möchten wir die finanzielle Unterstützung erhöhen, und zwar zur Beratung. Wir möchten also, daß die Einzelhändler Möglichkeiten haben, Rentabilitäts- und Schwachstellenberatung zu erhalten, um ihr Unternehmen zu sichern. Hierfür setzen wir einen neuen Titel ein. Das war ja in der Landespolitik früher einmal möglich, diesen Handel zu unterstützen, aber aus welchen Gründen auch immer, ich weiß es nicht, ist dieses Programm vor zwei, drei Jahren aus dem Haushalt herausgenommen worden. Wir setzen diesen Titel neu ein.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Schwerpunkt unseres Antrags ist die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, wenn es darum geht, Auslandsmärkte zu erschließen. Auch hier hat die Großindustrie es leichter. Sie ist gewohnt, global aufzutreten. Viel schwieriger haben es da kleine und mittlere Unternehmen. Wir wollen eine Exportberatung. Wir wollen, daß Gemeinschaftsstände der kleinen und mittleren Unternehmen bezuschußt werden. Sie müssen einen Zugang zu diesem Markt bekommen, insbesondere zum asiatischen Markt, meine Damen und Herren. Das ist ganz wichtig. Dies ist die Wachstumsregion überhaupt weltweit, und der kleine und mittlere Unternehmer muß Zugang zu diesem Markt bekommen. Deshalb sprechen wir uns für eine Erhöhung der Finanzmittel in diesem Bereich aus.

(B) Ein weiterer Schwerpunkt ist die Technologieförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Der Landtag hält die Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Unternehmen für erforderlich mit dem Ziel, kleine und mittlere Unternehmen intensiver in das Angebot wissenschaftlich-technologischer Dienstleistungen und den Technologietransfer in den Regionen einzubinden. Auch hier eine Forderung, die bereits die Mikat-Kommission erhoben hat. Das wollen wir verstärkt fördern.

Und, meine Damen und Herren, ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß diese Landes-

regierung in diesem Jahr die Finanzmittel für die Aus- und Weiterbildung kürzt. Das ist nicht mehr zu verstehen. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Deshalb wollen wir einen Teil der Stahlsubventionen für die Weiterqualifizierung, für die Aus- und Weiterbildung einsetzen, weil wir wissen, welcher hohen Stellenwert die berufliche Bildung hat. Das alles können Sie unserem Antrag entnehmen.

Noch ein Wort zur Meisterausbildung! Ich freue mich ja, daß die CDU ein Programm ankündigt und im Grunde genommen auch der Meinung ist, daß künftig das Land diese Meisterlehrgänge bezuschussen soll. Wir unterstützen dieses Vorhaben, sind jedoch einen Schritt weitergegangen und haben bereits bei den jetzigen Haushaltsberatungen einen Titel aufgenommen, um diese Meisterausbildung, wie meine beiden Vorredner es ausgedrückt haben, zu bezuschussen und zu fördern, weil hier Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nur, meine Damen und Herren, was die Landesregierung macht, das können wir in diesem Fall nicht akzeptieren. Die Landesregierung hat ein Förderprogramm für die Meisterausbildung vor, aber nur in den sogenannten Ziel-2-Gebieten. Das bedeutet - und das ist auch wieder typisch eine Zweiklassenpolitik, die diese Landesregierung betreibt -, daß künftig einer, der einen Meisterlehrgang besucht und in Bochum wohnt, einen Zuschuß bekommt. (D)

Das ist also die Meinung der Landesregierung. Aber wenn der Meister, der neben ihm auf der Schulbank sitzt, seinen Wohnort in Velbert hat, bekommt er keine Unterstützung. Machen Sie das doch bitte mal jemandem in diesem Lande klar, daß also nur bezuschußt wird, wenn jemand aus dem Ruhrgebiet kommt. Alle anderen gehen leer aus. Das ist eine Zwei-Klassen-Politik, und die lehnen wir ab. Deshalb haben wir in unseren Änderungsantrag geschrieben, daß wir für eine finanzielle Unterstützung dieser Meisterlehrgänge sind, aber dann bitte für alle Regionen im Lande Nordrhein-Westfalen, nicht nur für durch die Landesregierung ausgesuchte Regionen, beispielsweise im Ruhrgebiet.

(Tschoeltsch (F.D.P.))

- (A) Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen diesen Antrag vorgelegt, und ich bitte um Unterstützung. Ich fordere auch die CDU auf, unseren Antrag zu unterstützen; denn gerade bei der Meisterausbildung hätten wir dann schon einen ersten Schritt gemeinsam geleistet. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Tschoeltsch. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Busch.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hombach, man könnte sagen: Wenn man schon einen Festredner bemühen muß, um seine eigene Position zu stützen, dann ist es weit gekommen, dann scheint die Lage fast hoffnungslos zu sein. Das ist gemünzt auf Ihr Zitat von Herrn Delors.

- (B) Ich glaube auch nicht, daß wir uns hier nur mit vorder- oder hintergründigen Skandalen oder Details beschäftigen sollten. Ich glaube, daß das Problem eigentlich viel tiefer liegt, daß das Problem in der Förderphilosophie liegt. Herr Einert, Sie haben in der letzten Woche eine sehr interessante Äußerung gemacht. Sie haben nämlich gesagt: "Die These vom Wachstum ohne Beschäftigung ist widerlegt." Ich muß sagen, da habe ich nicht schlecht gestaunt. Denn eigentlich weiß doch jedes Erstsemester, daß das Wachstum der Produktion die eine Seite ist und das Wachstum der Produktivität die andere Seite. Und nur der Saldo aus beiden Größen sagt etwas aus über die Beschäftigung. Bei einem Wachstum der Arbeitsproduktivität von 2,5 % pro Jahr müßte ja schon rein logisch das Wachstum der Produktion real bei deutlich über 2,5 % pro Jahr liegen, wenn man überhaupt nur in die Nähe eines Abbaus der Erwerbslosigkeit kommen wollte. Daß solche Wachstumsraten unerreichbar waren, unerreichbar sind und unter ökologischen Gesichtspunkten auch unverantwortbar wären, das ist doch eigentlich verständlich.

In den letzten beiden Jahren ist die Erwerbslosigkeit in Nordrhein-Westfalen von 600 000 auf 800 000 angestiegen. Ich frage mich wirklich: Was soll das, wenn Sie so etwas in die Öffent-

lichkeit bringen? Ich glaube, die Antwort darauf ist einfach. Sie wollen nämlich ablenken von anderen Forderungen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, also von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, Überstundenabbau, von geschützter Teilzeitarbeit, Einrichtung von sozialen Betrieben zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen. All das sind Themen, die Sie einfach nicht interessieren. Und weil Sie die nicht interessieren und weil Sie an diese Themen nicht heran wollen, deswegen reden Sie diesen Unsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das merkt man dann auch im Haushalt. Wachstumsförderung pur, das ist Politik der sechziger Jahre. Gewerbeflächenschließung, Straßenneubau, Flughafenausbau, Technologiezentren - weiter reicht Ihre Phantasie nicht. Es sind über 90 % der Fördermittel, die nur für diese Art von Maßnahmen ausgegeben werden.

In Ihrem Programm sind noch weitere Dinge: Genehmigungsverfahren beschleunigen - das heißt also: öffentliche Ansprüche auf Information und Sicherheit zurückdrängen -, Maschinenlaufzeiten sollen verlängert bzw. die Arbeitszeiten der Menschen an die Maschinen angepaßt werden, Arbeitszeitflexibilisierung, Sonntagsarbeit. Das sind Ihre Programme.

(D)

Das sind Maßnahmen, die schon in der Vergangenheit keine Probleme gelöst haben und auch in der Zukunft nicht lösen werden. Wir benötigen Konzepte, die Nordrhein-Westfalen fit machen für die Zukunft. Dafür brauchen wir wahrscheinlich aber einen anderen Wirtschaftsminister oder eine andere Wirtschaftsministerin, der/die nämlich beweglich und kreativ ist und neue Lösungsansätze entwickelt. Wir brauchen eine Wirtschaftsförderungspolitik, die sich auf die zentralen Ziele konzentriert, nämlich Beschäftigungsförderung, Ökologisierung der Produktion, Gleichstellung von Frau und Mann.

Dafür haben Sie in der Tat eine Menge Geld zur Verfügung, 1,5 Milliarden DM pro Jahr. Die Erfolge dieses wirklich enormen Mitteleinsatzes sind allerdings außerordentlich dürftig. Das belegen ja schon die überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen und die Vergrößerung des Entwicklungsrückstandes gegenüber anderen Regionen. Ich will natürlich zugeben, daß das nicht nur an der Wirtschaftspolitik des Landes liegt. Es liegt sicherlich

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) auch an den Spezialproblemen - ich nenne Kohle und Stahl und andere -, aber wir sind der Auffassung, daß die Landesregierung die 1,5 Milliarden DM nicht effektiv einsetzt.

Dazu haben wir einen Antrag vorgelegt, der auch morgen eine Rolle spielen wird. Deswegen hier nur einige zentrale Punkte: Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen Förderwirrwarr, über 80 Einzelförderprogramme. Es wurde festgestellt, daß selbst die Förderer, also selbst die, die im Ministerium für die Förderprogramme verantwortlich sind, gelegentlich nicht wissen, über welche Förderprogramme sie überhaupt verfügen.

Wie schwierig es ist, mit diesen Geldern im Rahmen dieser Programme vernünftig umzugehen, zeigt sich daran, daß in den letzten vier Jahren, die im Ist feststehen - also 1990 bis 1993 -, über 1,5 Milliarden DM nicht verausgabt werden konnten, weil zum Beispiel Planungsvoraussetzungen entfallen waren und vieles andere, so daß es in der Umsetzung dieser Mittel nicht zum Mittelabfluß kam. Ich glaube, daß manches Schrottprojekt der Landesregierung nur deswegen gefördert wird, damit diese Förderbilanz nicht noch schlechter aussieht.

- (B) Es dominieren bei der Mittelverwendung Mitnahmeeffekte. Das heißt, die Empfänger von Subventionen hätten ihre Investitionsprojekte auch ohne Fördermittel durchgeführt. Natürlich nimmt jeder Unternehmer Geschenke gerne an, das haben wir ja im Hearing des Wirtschaftsausschusses gehört. Keiner wird Geschenke ausschlagen, das kann man wohl auch niemandem zumuten. Aber das müßte doch Anlaß für uns sein, darüber nachzudenken, ob man die Mittelvergabe nicht umstrukturieren kann.

Ein zentrales Hemmnis dabei ist die Zentralisierung der Mittelvergabe im Wirtschaftsministerium und nicht etwa in der Region, wie ja gelegentlich Ihre Broschüren den Eindruck erwecken. Genau darin begründet sich eben dann der Vorwurf einer Wirtschaftsförderung nach Gutsherrenart.

Herr Einert, wenn man diese Kritikpunkte ernst nimmt, dann ergeben sich daraus eigentlich schon die Lösungsansätze, nämlich - erstens -, daß die Regionen nicht nur mitreden - mitpalavern könnte man auch sagen - in Form der Regionalkonferen-

zen, sondern daß sie wirklich mitentscheiden, daß sie entscheidend mit am Tisch sitzen, und zweitens, daß die Ziele Ökologisierung, Beschäftigungsförderung und Gleichstellung sich nicht nur auf dem Papier finden, sondern konkret umgesetzt werden, eigentlich auch dadurch, daß Subventionsmittel zurückgefordert werden können, wenn die Ziele nachweislich nicht erreicht wurden. (C)

Wir wollen die regionale Strukturpolitik aus dem Wirtschaftsministerium und aus der Investitionsbank, diesem Teil der Westdeutschen Landesbank, in die Regionen verlagern, also das einlösen, was Sie nur versprechen. Das führt nicht zu einer Kostensteigerung, sondern lediglich zu einer Verlagerung der Stellen in die Regionen. Wir wollen regionale Entwicklungsgesellschaften gründen, hälftig besetzt von der Landesregierung und von den Kommunen, die dann im Rahmen von Strukturanalysen, im Rahmen von Stärken-Schwächen-Analysen für die einzelne Region über die Mittelverwendung entscheiden. Wir glauben, daß die Menschen, die in einer solchen regionalen Entwicklungsgesellschaft sitzen, sehr viel näher an den Problemen vor Ort sind und dadurch auch das vermeiden können, was wir auf Landesebene sehr oft erlebt haben, daß nämlich durch die Zentralisierung eine entsprechende Konzentration der Ressourcen auf Großprojekte stattfindet, sowohl der Mittel, die verausgabt werden, als auch der personellen Ressourcen, die hier zur Verfügung stehen. (D)

Wir brauchen ein umfangreiches Subventions-Controlling. Herr Hombach hat das vorhin schon angesprochen. Aber das gibt es ja nicht, jedenfalls nicht von Seiten des Landtags und, wie mir gesagt wurde, auch nicht von Seiten der Landesregierung und auch nicht intern.

Ich will noch auf einen Punkt kommen, der auch von Herrn Tschoeltsch angesprochen wurde, nämlich die Ausbildungsproblematik. In der Tat hat sich der Lehrstellenmangel in den letzten zwei Jahren dramatisch verschärft. Da muß etwas getan werden. Interessanterweise hat Frau Brunn Anfang der Woche eine Studie vorgestellt, wonach der gegenwärtige Abbau von Ausbildungsplätzen für Facharbeiter langfristig den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet. In der Analyse scheinen wir da also übereinzustimmen. Die Frage ist natürlich, was gemacht wird.

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) Die Landesregierung kürzt Lehrstellen in ihrem eigenen Bereich. In den letzten fünf Jahren sind 1 700 Lehrstellen verlorengegangen. Aber die Landesregierung ist ja nicht nur für ihren eigenen Bereich verantwortlich, sondern sie ist auch in der politischen Verantwortung für Lehrstellen in der Wirtschaft. Wenn in Nordrhein-Westfalen viele Betriebe nicht ausbilden, wenn Mädchen in typischen Männerberufen abgelehnt werden, dann ist das doch wirklich Grund genug, aktiv zu werden. Die Ausbildung der Jugend ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb muß sie auch gesamtgesellschaftlich finanziert werden. Das ist übrigens zugleich ein Beitrag zur Herstellung der Wettbewerbsgerechtigkeit. Denn es kann doch nicht angehen, daß sich Betriebe dadurch Wettbewerbsvorteile verschaffen, daß sie die Ausbildung vernachlässigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Einert - Herrn Müntefering sehe jetzt gerade nicht -, Sie haben die Möglichkeit, auf Landesebene eine Ausbildungsplatzabgabe einzuführen, also ausbildende Betriebe zu belohnen, nichtausbildende zu belasten. Das ist die Herstellung der Wettbewerbsgerechtigkeit. Das ist handhabbar. Wenn alle Betriebe ordentlich ausbildeten, brauchte überhaupt kein Betrieb belastet zu werden. Das ist wirklich ein Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

(B)

Ich will noch ganz kurz auf die Energiepolitik der Landesregierung kommen. Herr Einert, daß Sie sich als Verwaltungsratsmitglied oder sogar als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kernforschungsanlage Jülich, die jetzt Forschungszentrum heißt, dafür eingesetzt haben, hier neue Atomforschungsprojekte durchzuführen, ist schon wirklich ein starkes Stück. Sie wissen ja, daß in Jülich das sogenannte Notkondensatorprojekt der Siemens AG für einen sogenannten neuen, eigentlich aber alten Siedewasserreaktor durchgeführt wird. Hier wird der Einstieg in die Atomforschung als Vorbereitung für den Ausstieg aus der Atomenergie verkauft. Das hat, glaube ich, noch niemand verstanden. Die Atomausstiegsposition des Landes Nordrhein-Westfalen hat durch dieses Atomprojekt bereits jede Glaubwürdigkeit verloren.

Jetzt genehmigen Sie aber noch ein atomares Zwischenlager auf dem Gelände des Schrottreack-

tors in Würgassen und eröffnen damit die Weiterbetriebperspektive, obwohl doch die einzig richtige Antwort auf die unbeherrschbare Rißproblematik die endgültige Stilllegung wäre.

(C)

Herr Einert, Sie haben es wahrscheinlich gelesen: Eine Zeitung hat originellerweise vorgeschlagen, Ihnen einmal die SPD-Ausstiegsbeschlüsse zuzuschicken. Ich befürchte allerdings, diese Mühe wäre vergeblich. Ich vermute einfach, daß Sie die Ausstiegsbeschlüsse kennen, sie aber vorsätzlich ignorieren.

Dann will ich noch kurz auf das REN-Programm kommen. Damit wollen Sie erneuerbare Energiequellen fördern. Wir haben dieses Programm immer unterstützt, wir haben auch seine Ausweitung gefordert. Tatsache ist, daß dieses Programm auch nach der Erhöhung durch die SPD-Fraktion im nächsten Jahr schon sehr früh ausgeschöpft sein wird und wieder Tausende von Antragstellern frustriert werden, die auf erneuerbare Energiequellen setzen und bereit sind, für dieses Motiv auch sehr viel eigenes Geld in die Hand zu nehmen, die also nicht nur darauf spekulieren, daß Fördergelder kommen, sondern die wirklich ihre eigenen Ersparnisse in diesem Bereich einsetzen - um der Sache willen. Ich finde, daß wir hier wesentlich mehr tun müßten

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

und daß hier die Möglichkeiten bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind.

Garzweiler II - ein weiterer Schandfleck in der Energiepolitik des Landes - haben wir oft genug diskutiert.

Ich bin der Meinung: Es muß Schluß sein mit der Wirtschaftsförderung nach Gutsherrenart und mit der Energiepolitik im Interesse der Energiekonzerne. Wir brauchen in diesem Land eine zukunftsweisende ökologische und solidarische Wirtschaftspolitik. Herr Einert, Sie verkörpern diese Zielvorstellungen nicht, bei Herrn Hombach habe ich meine Zweifel.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (A) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Kollege.
- Für die Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Einert das Wort.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir ernsthaft überlegt, ob ich überhaupt noch etwas dazu sagen soll. Denn irgendein neues Argument ist nicht vorgetragen worden. Das, was Sie hier unter verschiedenen Aspekten dargestellt haben, haben Sie in Pressekonferenzen und schriftlichen Erklärungen alles schon losgelassen. Wir bewegen die tibetanische Gebetsmühle und beschäftigen uns mit Argumenten der letzten Monate.

(Zuruf des Abgeordneten Meyer [Hamm] [CDU])

Das wäre nun vielleicht gar nicht so schlimm. Was mich in diesem Zusammenhang etwas traurig macht, ist der immer wieder festzustellende Tatbestand, daß Sie nicht willens sind, Fakten und Zahlen, die ich Ihnen schriftlich gebe, überhaupt nur zur Kenntnis zu nehmen. Sie schlucken morgens zum Frühstück Ihre Schallplatte hinunter, legen sie dann auf den Plattenteller und spulen sie ab. Alles andere spielt für Sie überhaupt keine Rolle.

(B)

Veränderungen in der Wirtschaftsstrukturpolitik, die im Laufe der letzten Jahre, durch Zahlen belegt, nachweislich stattgefunden haben, interessieren Sie überhaupt nicht. Das paßt nicht in Ihr Weltbild. Das ist nicht Ihre Realität. Da klammern Sie sich an alten Klamotten fest.

Ich will Ihnen noch einmal die Zahlen dafür nennen. Unabhängig von der Entwicklung der einzelnen Haushaltsansätze bewegen wir - das werden wir auch im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung in den nächsten Jahren als Ergebnis haben - im Laufe eines Jahres rund 1 Milliarde DM an struktureller Wirtschaftsförderungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Ich wiederhole noch einmal, daß wir diese Zahlen im Laufe der letzten Jahre in ihrer Zusammensetzung erheblich verändert haben. Wir haben heute eine Situation, wonach wir von der jährlich etwa 1 Milliarde DM rund zwei Drittel - das sind weit über 600 Millionen DM - in die Verbesserung der

wirtschaftsnahen Infrastruktur stecken. Das ist das, bei dem die einen beklagen, daß es angeblich nicht stattfindet, und bei dem die anderen beklagen, daß angeblich zu viel in bezug auf Infrastruktur, Technologiezentren, Flächensanierung und Verbesserung von Rahmenbedingungen für alle Unternehmen gefördert wird. So ist nun einmal die Welt. Ich kann sie mir nicht so malen, wie Sie sie gerne hätten.

(C)

Ich stelle fest: Die Zahlen sind belegbar. Das heißt: Zwei Drittel, also über 600 Millionen DM pro Jahr, werden für die Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur verwandt, um Mitnahmeeffekte zu verringern, um die Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen gleichmäßig zu verbessern.

Ein Drittel dieser 1 Milliarde DM, also weit über 300 Millionen DM, gehen in die direkte Unternehmensförderung Jahr für Jahr. Davon gehen rund 85 % - alles Zahlen, die belegbar sind - ausschließlich in den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen - von der Handwerksförderung über den Mittelstand bis hin zur direkten Unternehmensförderung.

Jetzt kommen Sie mir immer mit der alten Klamotte, wir würden ausschließlich die Großunternehmen fördern. Wenn Sie einmal die Subventionen - das sind echte Subventionen - für die Kohle weglassen, können Sie diesen Vorwurf, dieses Argument überhaupt nicht aufrechterhalten. Sie sind vorsätzlich böswillig, wenn Sie diese Parolen weiterhin verkünden.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie selber verbreiten eine Art von Neidkomplex.

Jetzt mache ich eine Bemerkung zu den 60 Millionen DM Technologieförderung im Bereich der Stahlindustrie. An direkter Unternehmensförderung gehen jährlich weit über 300 Millionen DM, - über 85 % - ausschließlich an die kleinen und mittleren Unternehmen.

Um die strukturelle Situation der Stahlindustrie, auf die wir auch in der Zukunft setzen, zu verbessern, haben wir ein Programm der direkten Technologieförderung, und zwar für mehrere Jahre, von insgesamt rund 60 Millionen DM aufgelegt. Das sind alles Projekte - ich habe Ihnen die

(Minister Einert)

- (A) Liste darüber gegeben -, die wir für die Notifizierung in Brüssel angemeldet haben. Ich hoffe, daß das positiv begleitet wird.

Ich greife willkürlich ein einziges Beispiel heraus: Wir haben vor einigen Jahren, um im Sektor der Automobilzulieferer durch Technikverbesserung einen Schritt nach vorne zu tun, rund 10 Millionen DM in die Entwicklung der Anwendung im Aluminium-Leichtbausystem in die Region im Kreise Soest/Lippstadt gegeben. Habe ich da irgend etwas von Ihnen gehört, daß Sie dagegen gemotzt hätten? Nein, Sie halten es zutreffenderweise für eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der Frage des Automobilbaus, Aluminium in diesem Sektor stärker als in der Vergangenheit einzusetzen. Die Entwicklung dieses Prozesses haben wir mit rund 10 Millionen DM gefördert.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, - -

(Minister Einert: Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu.)

- Danke schön.

- (B) **Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert:** Jetzt kommen auch die Stahlunternehmen und fragen: Geht es denn auch im Rahmen der Technologiepolitik und Technologieförderung, wenn wir, was wir gegenwärtig in der Stahlindustrie betreiben, nämlich neue Stähle, neue Konstruktionselemente zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Stahls im Automobilbau entwickeln?

Wie gesagt, eines der Projekte bezieht sich auf diesen Teilbereich. Wir haben uns also nicht einen Sektor herausgepickt, sondern wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen insgesamt verbessern.

Ich muß schon sagen: Sie haben ein sehr eigenartiges Weltbild, wenn Sie das in einem solch schiefen Zusammenhang hier darstellen.

60 Millionen DM über mehrere Jahre im Verhältnis zu weit über 300 Millionen DM pro Jahr, überwiegend im Bereich der kleinen und mittleren Un-

ternehmen. Ich halte das für angemessen. Es gibt überhaupt keinen Anlaß, das zu einer solchen ideologischen Fata Morgana hochzuschaukeln. Sie entspricht nicht der realen Welt. (C)

Zur Außenwirtschaft und anderen Bereichen: Ich bestreite überhaupt nicht, daß ich da noch gerne Ideen verwirklichen würde, die wir haben und die auch mehr Geld kosten - vom Bereich der Außenwirtschaft bis zu noch mehr Handwerksförderung. Nur hier müssen wir zwischen den Mitteln und der Verteilung vorhandener öffentlicher Ressourcen abwägen. Daß dabei immer Wünsche offenbleiben, bestreite ich überhaupt nicht.

Kollege Hombach hat heute morgen darauf hingewiesen: Ich würde gerne noch einige Millionen in direkter Förderung nach Abschluß der Meisterausbildung gewähren. Wenn das Parlament im Laufe des nächsten Jahres dafür zusätzliche Mittel bewilligen kann, würde ich das voll unterstützen. Ich habe schon Ideen, wie man das realisieren kann.

Nur, ich sage Ihnen ganz offen: Für diesen Haushalt würde das im Jahr etwa zusätzlich 30 Millionen DM bedeuten. Ich habe sie im Augenblick nicht. Ob wir im Laufe des nächsten und damit im überjährigen Haushalt zu einer Umschichtung kommen, kann ich im Augenblick nicht beantworten. Das werden die Diskussionen des nächsten Jahres beweisen müssen. (D)

Aber eine Bemerkung zur Frage der Meisterausbildung will ich noch machen: Ich finde es schon eigenartig: Da wird jetzt beklagt, daß wir die Frage der Meisterausbildung in Teilbereichen fördern. Ich habe Ihre Klagen nirgendwo gehört, als der Bund die Meisterausbildung und die Förderung von jungen Meistern im Handwerk von der alten Förderung auf null reduziert hat. Wo ist denn da Ihr Aufstand geblieben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese doppelzüngige Spielerei mit solchen Parolen bin ich wirklich leid. Das muß ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Engagieren Sie sich in Ihren Parteien dafür, daß das nicht auf null gesetzt wird!

(Minister Einert)

(A) Wir haben in Teilbereichen, und zwar ausdrücklich in Zusammenarbeit mit den Organisationen des Handwerks, folgendes gemacht, wobei ich mir über die Schwierigkeiten im klaren war, wenn wir in Fördergebieten und Nichtfördergebieten zunächst einmal wieder eine unterschiedliche Verfahrensweise haben - aber es gibt eine objektive Begründung für meine Entscheidung -: Wir haben in den Fördergebieten - das sind im wesentlichen die industriellen Ballungskerne - leider immer noch eine unterproportionale Entwicklung bei selbständigen Handwerksbetrieben. Deshalb habe ich gesagt: Dann mache ich aus Gemeinschaftsprogrammen mit der Europäischen Union einen Ansatzpunkt, um rund 40 % der Lehrgangskosten der Meisterausbildung übernehmen zu können. Diese Lehrgangskosten betragen im Durchschnitt knapp 11 000 DM pro angehenden Meister.

Das Programm umfaßt den Zeitraum der nächsten zwei bis drei Jahre und wird etwa 5 Millionen DM kosten. Das ist kein Allerweltsprogramm, aber ich setze darauf, daß wir über diesen Umweg nicht nur zusätzliche Existenzen fördern, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze mobilisieren können; denn die Erfahrung hat gezeigt, daß jede zusätzliche Handwerksexistenz drei bis vier zusätzliche Arbeitsplätze bringt.

(B) Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich auch in Ihren Parteien ein bißchen stärker engagieren würden, daß der Bund die Absenkung der Förderung der Meister auf Null wieder revidiert und eine vernünftige Größenordnung dafür ansetzt.

(Beifall bei der SPD)

Das würde uns das Leben etwas vereinfachen, wir könnten uns dann im Lande Nordrhein-Westfalen auf eine wirkliche Breitenförderung begrenzen und wären nicht gezwungen, in einigen Bereichen zu reduzieren.

Existenzgründungen werden bei uns nach dem Bausteinverfahren der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Existenzgründungen gefördert. Davon ist kein Bereich ausgenommen.

Meine Damen und Herren, wenn ich den Haushalt 08 und den Handlungsrahmen pro Jahr betrachte, komme ich insgesamt zu dem Ergebnis, daß sie vor dem Hintergrund zurückgehender öf-

fentlicher Ressourcen auf sehr ausgewogenen Entscheidung basieren. Ich halte sie für vertretbar. Wir bewegen jede Menge. Ich glaube schon, daß wir damit einen Beitrag zur wirtschaftlich stabilen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen leisten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 08 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Änderungsanträge.

Zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157, Teilbereich 8. Es geht um die Kapitel 08 010, 08 020, 08 030, 08 040 und 08 060 - Stichwort: Wirtschaft. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen dann zum Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8160. Hier geht es um die Kapitel 08 030 und 08 040 - Stichwort: kleine und mittlere Unternehmen fördern statt Großunternehmen subventionieren. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Wir haben schließlich über den Änderungsantrag der GRÜNEN Drucksache 11/8173, betreffend das Kapitel 08 030 - Stichwort: Ausbildungsabgabe -, abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 08 gemäß der Beschlußempfehlung Drucksache

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) che 11/8008. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben will, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der drei anderen Fraktionen angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Nummer 2:

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Hinzuweisen ist auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8007 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der F.D.P.

Mit der Beratung des Einzelplans 07 wird der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/7092 - "Schaffung eines Förderprogramms 'Soziale Betriebe' als zukunftsweisendes Instrument zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit" - verbunden. Hierzu liegen in der Drucksache 11/8066 die Beschlußempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vor.

- (B) Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen sind immer Anlaß für eine kritische Bestandsaufnahme des Regierungshandelns. Bei Haushaltsberatungen heißt es, Bilanz zu ziehen und über die Perspektiven der Zukunft zu sprechen. Die CDU will das heute tun.

Dabei steht für uns genauso wie schon vor zwei Jahren die Frage im Mittelpunkt, ob sich diese SPD-Landesregierung tatsächlich, wie Ministerpräsident Rau behauptet, als "Schutzmacht der kleinen Leute" bewährt hat oder nicht. Wir wollen diesen Anspruch des Ministerpräsidenten deshalb zum Maßstab unserer Bilanz machen, weil es tatsächlich eine wichtige Aufgabe für die Politiker ist, für diejenigen Menschen einzutreten, die keine

Macht und die keine Lobby haben, also für die Leute, die man landläufig die "kleinen Leute" nennt. (C)

Natürlich reicht diese Frage weit über den engeren Bereich der Sozialpolitik hinaus. Deshalb fragen wir:

Ist eine Landesregierung tatsächlich "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn sie es zuläßt, daß Kriminalität und Unsicherheit vor allem in unseren Städten immer mehr um sich greifen?

Ist eine Landesregierung tatsächlich "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn alte Menschen, wenn Rentner, die jede Mark dreimal umdrehen, abends zu Hause bleiben, weil ihnen öffentliche Verkehrsmittel - S-Bahnen, U-Bahnen - und Bahnhöfe zu unsicher sind?

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Champignon [SPD]: Kriminell werden die selbst Betroffenen!)

Ist eine Landesregierung, Herr Champignon, "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn sie über viele Jahre hinweg - Sie haben jedesmal, Herr Champignon, mit die Hand dafür gehoben - unsere Städte und Gemeinden finanziell so ausblutet, daß wichtige soziale Leistungen eingestellt werden müssen? (D)

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von der SPD)

Ist eine Landesregierung "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn gerade die Schulen, auf die immer noch die meisten Arbeitnehmerkinder gehen, nämlich die Berufsschulen, so unverantwortlich vernachlässigt werden, wie das in Nordrhein-Westfalen der Fall ist?

(Beifall bei der CDU - Minister Schwier: So ein Quatsch!)

Diese Punkte zeigen beispielhaft auf, Herr Schwier - Ihre Zwischenrufe ändern daran auch nichts, denn Sie tragen die Verantwortung dafür, daß es um unsere Berufsschulen so desolat steht -

(Minister Schwier: Gern, Herr Kollege!)